

## Nach den Wahlen - eine "Neue Türkei"?

**Policy Paper 9/2015**

Cengiz Günay

Dem BMLVS im Rahmen des Kooperationsprojekts BMLVS/DIONSihPol – oiip zur Verfügung gestellt.

## **Zusammenfassung**

In den letzten Jahren kam es unter der Regierung der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) zu einem Wiedererstarken des Autoritarismus. Konsequenterweise wurden Schlüsselposten im Staatsapparat mit regierungsnahen Personen neubesetzt, kritische JournalistInnen und Medien zurückgedrängt und die Möglichkeiten der demokratischen Opposition eingeschränkt. Die Entwicklungen weisen in Richtung der Entstehung eines kompetitiv autoritären Regimes (Levitsky und Way 2002), in dem zwar regelmäßig Wahlen stattfinden, die erbittert geschlagen werden und relativ fair, aber die Rahmenbedingungen unter denen sie stattfinden autoritär und undemokratisch sind. Die vorgezogenen Neuwahlen vom 1. November dienten dazu, die Vormacht der regierenden AKP und damit Präsident Erdoğan nach dem Verlust der Regierungsmehrheit am 7. Juni 2015 wiederzuerlangen. Damit sollte der Weg in Richtung der von Erdoğan anvisierten „Neuen Türkei“ frei werden. Allerdings gibt es trotz eines fulminanten Wahlsiegs und der Wiedererlangung der Regierungsmehrheit auch dafür relativ viele Hürden.

## **Autor**

Dr. Cengiz Günay forscht am Österreichischen Institut für Internationale Politik zu den Themen: neo-liberale Transformationen, die Informalisierung von Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren, Islamismus, soziale Bewegungen. Er hat einen regionalspezifischen Fokus auf die Türkei und den arabischen Nahen Osten.

## Hintergrund

Noch bis vor einigen Jahren wurde der Demokratisierungsprozess der Türkei von Kommentatoren (Kirişçi 2011; Ülgen 2011; Ramadan 2011 und andere) als ein mögliches Modell für den arabischen Nahen Osten gepriesen. Die aus der islamistischen Bewegung heraus entstandene AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) hatte bei den Wahlen 2002, nur ein Jahr nach ihrer Gründung, einen fulminanten Wahlsieg erzielt, nach Jahren wechselnder Koalitionsregierungen eine stabile Regierungsmehrheit errungen und in weiterer Folge die Reformen angesichts des EU-Beitrittsprozesses entschlossen weitergeführt.

Allein in den Jahren von 2002 bis 2004 verabschiedete die AKP Regierung mit Hilfe der Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) acht Verfassungsreformpakete und ein neues Strafrecht. Es kam zu wesentlichen Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte. Die Regierung ging entschlossen gegen Folter und Polizeigewalt vor. Die Todesstrafe wurde endgültig abgeschafft und kulturelle Freiheiten für ethnische Minoritäten wie die Kurden wurden ausgedehnt. So wurden z.B. Rundfunksendungen, Werbung und Parteipropaganda in kurdischer Sprache zugelassen. Der staatliche Rundfunk TRT gründete sogar mit TRT 6 einen kurdisch-sprachigen TV Sender. Zudem kam es zu einer schrittweisen Zurückdrängung des mächtigen türkischen Militärs. Armeevertreter in Kontrollinstanzen wie der Rundfunkbehörde (RTÜK) oder dem einflussreichen Nationalen Sicherheitsrat (*Milli Güvenlik Konseyi*) wurden durch zivile Personen ersetzt.

Im Weiteren führte die AKP die Wirtschaftsreformen, die im Zuge des Standby Abkommens der vorherigen Regierung mit dem IMF (Internationaler Währungsfonds) beschlossen worden waren fort. Diese deckten sich im Wesentlichen mit den Erwartungen der EU, eine funktionierende Marktwirtschaft umzusetzen. Es kam zu umfassenden Privatisierungen bzw. der Liberalisierung mehrerer Wirtschaftssektoren. Begleitet wurden die rechtlichen und wirtschaftlichen Reformen durch einen Harmonisierungsprozess, der eine Angleichung an die Normen, Verordnungen, Ausschreibungsvorgaben, Regeln und Abläufe der EU beinhaltete.

Die „Europäisierung“ der Türkei wirkte sich auf die Verwaltungsabläufe ebenso aus wie auf die Zivilgesellschaft, die dadurch gestärkt wurde. Die „Europäisierung“ konnte auch im Bereich der Außenpolitik beobachtet werden. Es kam zu Angleichungen in außenpolitischen Positionen aber auch in der Art wie Außenpolitik gemacht wird. Während das Sicherheitsestablishment,

bestehend aus Armee und hohen VertreterInnen der kemalistischen Bürokratie, zurückgedrängt wurden, spielten immer mehr VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft eine Rolle in der Definierung der Außenpolitik. Der demokratische Wandel, den die Türkei zu durchlaufen schien, bzw. das wirtschaftliche Wachstum, das erzielt werden konnte - die Türkei wurde Mitglied der G 20 - vor allem aber der Entschluss der EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen einzuleiten, blieben nicht ohne Wirkung auf BeobachterInnen im Nahen Osten und darüber hinaus. Während säkulare arabische Kräfte die Fähigkeit der AKP, den islamischen Konservatismus mit Werten wie Demokratie und Marktwirtschaft zu verbinden hervorhoben, priesen moderate islamistische Kräfte wie z. B. die ägyptische Muslimbruderschaft die Zurückdrängung der Vorherrschaft des Militärs und des autoritären kemalistischen Establishments. Autoren wie Kemal Kirişçi (2011), Larry Diamond (2011) oder Sinan Ülgen (2011) mutmaßten, ob die demokratischen Entwicklungen in der Türkei nicht eventuell einen „demonstrativen Effekt“ auf die Region haben könnten. Diesen Überlegungen liegt meist Samuel Huntingtons These, dass demokratische Entwicklungen in einem Land auf Gesellschaften in geographischer Nachbarschaft und mit kulturellen Ähnlichkeiten einen demonstrativen Effekt ausüben und dort Demokratisierungsprozesse auslösen können, zugrunde (Huntington 1991).

Inzwischen hat sich die Türkei allerdings immer weiter vom Weg der Demokratisierung entfernt. Der Reformprozess ist fast vollständig zum Erliegen gekommen. Anstatt den Zentralismus im Staatsapparat abzubauen bzw. die Autonomie unabhängiger Institutionen zu stärken, leitete die AKP ab der Mitte ihrer zweiten Legislaturperiode (2007-2011) eine Konsolidierungsphase ein, die vor allem durch strategische parteipolitische Umbesetzungen in der Bürokratie und staatsnahen Betrieben gekennzeichnet war. Besonders stark ersichtlich ist die Dimension der „Umfärbung“ in der ministeriellen Bürokratie bzw. im Bereich der Provinzgouverneure, die durch das Innenministerium ernannt werden. Die personelle Umfärbung des Staates wurde vor allem auch durch den Umstand, dass die Regierungspartei im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügte, seit 2007 mit Abdullah Gül, dem ehemaligen Außenminister, den Staatspräsidenten stellte und auch auf der Ebene der Gemeinden unangefochten stärkste Kraft war, erleichtert.

Die starke Präsenz der Regierungspartei auf allen Ebenen des Staates ging mit einer wachsenden Verwischung zwischen staatlichen Strukturen und der Regierungspartei einher. Diese funktionierte immer mehr auch als ein Instrument für die klientelistische Umverteilung.

Während die türkische Politik, auch aufgrund der starken Zentralisierung des Systems, immer schon durch einen starken Klientelismus gekennzeichnet war – politische Parteien bzw. ihre VertreterInnen fungierten seit dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem im Jahr 1946 in der Re-Distribution staatlicher Ressourcen als Mittler und konnten sich dafür auf loyale Klienten als Wähler verlassen – so wurde durch die Stärke der AKP auf allen politischen Ebenen der Klientelismus nun mehr oder weniger monopolisiert. Dieses System umfasst auf der einen Seite Unternehmergruppen und auf der anderen Seite eine breite Masse an finanziell schwachen Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Der Klientelismus der AKP kann in diesem Sinne als zyklisch gesehen werden. Zum einen wurde durch Regierungsaufträge, Begünstigungen bei Privatisierungen und Ausschreibungen eine AKP-nahe Unternehmerschicht geschaffen, die ihren Aufstieg der Regierungspartei bzw. Tayyip Erdoğan verdanken und zum anderen werden die VertreterInnen dieser neuen „AKP Bourgeoisie“ dazu angehalten, einen Teil wieder zurückzugeben in dem sie die Sozialbedürftige unterstützen. Als Mittler dient hierbei die Regierungspartei. Der Umbau des Staates und die Verfestigung der Macht der AKP fanden in Einklang mit den von der EU und dem IMF geforderten neo-liberalen Reformen statt.

Das Ziel den kemalistischen Staat umzufärben schien ab 2007, mit der Wahl Güls zum Staatspräsidenten, einer schwächelnden parlamentarischen Opposition und der Zurückdrängung des Militärs in greifbarer Nähe. Eine neue von der AKP angestrebte Türkei sollte sich in jeder Hinsicht der Fesseln des Kemalismus entledigen. Im politischen Diskurs der AKP fand dies verstärkt durch die Propagierung der Vision von einer „neuen Türkei“ (*Yeni Türkiye*) Ausdruck. Das Projekt zielt auf die Schaffung eines post-kemalistischen Staates ab. In der Außenpolitik bedeutete dies eine Abkehr von der eindimensionalen Ausrichtung auf den Westen und eine Aufgabe der Isolationspolitik gegenüber dem Osten<sup>1</sup>. Abgeleitet von der einstigen historischen Größe des Osmanischen Reiches sieht die Vision von der „neuen Türkei“ das Land als Führer und Vertreter der Interessen der muslimischen Welt.

Die Türkei sollte nicht Bittsteller im Westen sein, sondern mit westlichen Großmächten gleicher Augenhöhe auftreten. Stützend auf eine durchaus kulturalistisch definierte Rolle,

---

<sup>1</sup> Auch wenn seit dem Ende des Kalten Krieges verschiedene Regierungen eine Öffnungspolitik gegenüber dem Nahen Osten einzuleiten versuchten, so war es die AKP, die dies am konsequentesten vorantrieb.

veränderte sich der Ton gegenüber der EU, und Ankara forderte eine stärkere Vertretung in den internationalen Organisationen ein. So forderten immer wieder RegierungsvorteilerInnen eine Reform der UN mit dem Ziel die Türkei dauerhaft im Sicherheitsrat zu etablieren.

Ironischerweise erfuhr die türkische Nachbarschaftspolitik mit den Umbrüchen in der arabischen Welt eine Wende. Während von der Türkei bis 2010 angesichts der Schwäche der autoritären arabischen Regime und des damit verbundenen Machtvakuumms eine wirtschaftliche und demokratische Dynamik ausging und sich die AKP gegenüber den arabischen Gesellschaften als reformistische Kraft darstellen konnte, führten die Ereignisse nach den Umbrüchen und insbesondere der Krieg in Syrien zu einer Aufgabe der Softpower-Politik zugunsten von durch Hardpower geprägten sicherheitspolitischen Ansätzen.

Die „neue“ selbstbewusste Türkei sollte sich auch in riesigen Infrastrukturprojekten wie dem Bau des größten Flughafens der Welt in Istanbul, einer dritten Brücke über den Bosphorus, die Unterquerung der Meerenge durch Tunnels, einer Brückenverbindung über die Bucht von Izmir, Schnellzug-Verbindungen, einem neuen Präsidentenpalast sowie anderen Bauprojekten spiegeln. Damit sollte die Stärke des Landes nach innen und außen sichtbar gemacht werden. Als zeitliches Ziel für die Realisierung der „Neuen Türkei“ gilt in Referenz zum Kemalismus das Jahr 2023, der hundertste Jahrestag der Republik.

Tayyip Erdoğan gilt als unangefochtener Führer in die Zukunft einer „Neuen Türkei“, die sich von der als schwach, autoritär und „volksfeindlich“ dargestellten „alten“ (kemalistischen) Türkei abheben soll. In dem es sich auf eine als islamisch konservativ wahrgenommene Bevölkerungsmehrheit bezieht, unterscheidet sich das Projekt der AKP zwar wesentlich vom durch den Kemalismus vertretenen Elitismus, aber es ist in seinen Denkmodellen dennoch weitgehend von diesem bzw. dessen positivistischen Geist beeinflusst. Ähnlich dem kemalistischen Modernisierungsprojekt, weist auch die AKP dem Staat und seinen Institutionen eine zentrale Rolle in der Konstruktion einer „neuen“ Gesellschaft zu. So wurden z.B. im Zuge einer Bildungsreform islamisch-konservative Schulmodelle massiv gefördert, Wahlfächer wie Arabisch oder über das Leben des Propheten eingeführt.

Parallel dazu kann eine wachsende Intoleranz gegenüber Kritik beobachtet werden. In Bereichen wie Medien-, Meinungs- und Redefreiheit konnten gravierende Rückschritte beobachtet werden (siehe EU Fortschrittsberichte 2013, 2014 und 2015).

Der geplante Umbau des türkischen Staates sollte durch eine breite öffentliche Unterstützung begleitet werden. Dies beinhaltete eine Doppelstrategie: Einerseits wurde durch die öffentliche Hand, mit Hilfe von Re-Privatisierungen (in Folge von Zwangsverstaatlichungen im Zuge der Wirtschaftskrise 2001 hatte sich ein Fonds gebildet, der treuhänderisch die verstaatlichten Unternehmen verwaltete) ein sogenannter Medienpool an regierungsfreundlichen Zeitungen, Fernsehsendern und Journalisten geschaffen, die jenseits von neutraler Berichterstattung agieren und einen weitgehend parteiischen Diskurs bedienen. Zum anderen wurden die Möglichkeiten für kritischen bzw. neutralen Journalismus eingeschränkt. Im Sinne einer Freund-Feind Strategie wurden nicht-regierungsnahe Journalisten und kritische Stimmen durch Entlassungen aus den Mainstream-Medien verbannt und zum Teil in Onlineportale oder in das Lager der wenigen oppositionellen Medien verdrängt und dadurch für die eigene Wählerschaft „isoliert“ bzw. „neutralisiert“.

Der Kampf um die Vorherrschaft über die öffentliche Meinung beinhaltete die Einschüchterung regierungskritischer JournalistInnen und Medien, zum Teil auch Übergriffe und Verhaftungen, direkte und indirekte Einflussnahmen auf RedakteurInnen und Medienpatrone, beschränkter Zugang zu RegierungsvertreterInnen und Informationen sowie offene Zensur. Im World Press Freedom Index wurde die Türkei im Jahr 2014 nur mehr an 154. Stelle gereiht. Kritische JournalistInnen, darunter prominente KolumnistInnen wie Hasan Cemal, Ece Temelkuran, Bekir Coskun, Nazli Ilıcak und viele mehr haben in den letzten Jahren in Folge massiven Drucks von Seiten der Regierung auf die Medienunternehmen ihre Arbeit verloren, andere wurden im Zuge der Ermittlungen gegen verschwörerische Netzwerke wie *Ergenekon* verhaftet und saßen zum Teil mehrere Jahre in Untersuchungshaft<sup>2</sup>. Der TV Sender *Kanaltürk*, der der inzwischen mit der Regierung verfeindeten Gülen-Bewegung nahesteht, wurde Ende Oktober 2015 unter Treuhanderschaft gestellt. In anderen Fällen (wie z.B. die *Doğan* Gruppe oder die oppositionelle *Cumhuriyet* Zeitung) wurden Finanzprüfungen eingeleitet. Redaktionen von Zeitschriften wie jene von *Nokta* wurden durchsucht und die RedakteurInnen aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung meist mit fadenscheinigen Anschuldigungen verhaftet. Als jüngstes Beispiel dafür gilt der prominente Chefredakteur der Zeitung *Cumhuriyet* Can Dündar, der Ende November aufgrund eines Berichts über illegale Waffenlieferungen des türkischen Staates an

---

<sup>2</sup> Die meisten von ihnen wurden erst nach dem Bruch zwischen Tayyip Erdoğan und der Gülen-Bewegung freigelassen. Die Gülen-Bewegung bzw. ihr nahestehende Staatsanwälte und Richter hatten in der Zurückdrängung des Militärs und einflussreicher kemalistischer Kräfte eine wichtige Rolle gespielt. In Folge des Bruchs zwischen Regierung und Gülen wurde bekannt, dass in mehreren Fällen die Anklagen bzw. Beweise auf gefälschten Dokumenten basierten.

syrische Rebellen mit der Anschuldigung der Spionage angeklagt wurde und seitdem in Untersuchungshaft sitzt.

Besonders hart ging die Regierung gegen die Gezi-Proteste Anfang Sommer 2013 vor. Aus einem lokalen Protest gegen den Nachbau einer Kaserne aus dem 19. Jahrhundert an Stelle des Gezi-Parks am Istanbuler Taksim Platz entstand in Folge des brutalen Polizeieinsatzes eine Protestbewegung, die die unterschiedlichsten politischen Gruppen einte und sich rasch auf weite Teile des Landes ausbreitete. Die Gezi-Bewegung war eine Reaktion auf den zunehmend autoritären Ton der Regierung und insbesondere Tayyip Erdoğan, der das Projekt der „neuen Türkei“ begleitete. Verbale Übergriffe des Premiers hinsichtlich eines säkularen Lebensstils und des Gebrauchs von Alkohol galten nicht nur als ein Angriff auf die säkularen Werte der sogenannten „alten Türkei“, sondern viele, die nicht dem konservativen Lebensstil, den die AKP immer offensiver propagierte, entsprachen - vor allem VertreterInnen des säkularen städtischen Bürgertums, linke Bewegungen und AlevitInnen - fürchteten gar die Einschränkung der freien Wahl ihres säkularen Lebensstils.

Bald wurden die Proteste von der Regierungspartei als illegitim und als ein Versuch die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen dargestellt. Die Ereignisse in Ägypten, bei denen Präsident Mursi in Folge von Massenprotesten durch das Militär gestürzt wurde, verstärkten die Ängste auf Seiten des Regierungslagers, dass die Vorfälle um Gezi dem Militär einen Vorwand für ein Eingreifen bieten könnten. Die Protestbewegung wurde rasch kriminalisiert, einzelne radikale Elemente unter den Protestierenden hervorgehoben. Dies rechtfertigte auch das äußerst harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden. Der Staat regierte mit voller Härte. Die massive Polizeigewalt gegen die Demonstrationen wurde durch eine autoritäre und die Protestierenden verhetzende Rhetorik begleitet. In weiterer Folge wurde ein neues Sicherheitsgesetz verabschiedet, das den Sicherheitskräften weitreichende Rechte hinsichtlich des Einsatzes von Handfeuerwaffen einräumt und ein restriktives Vermummungsverbot beinhaltet, das auch das Tragen von Gasmasken oder Mundschutz vor Tränengas einschließt.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass der Versuch der Monopolisierung des öffentlichen Diskurses mit einer massiven Verengung der Möglichkeiten politischen Protest zu äußern einhergegangen ist. Als Beispiel hierfür kann auch die Haltung der Verwaltungen erwähnt werden, angemeldete Demonstrationen aus zentralen Plätzen wie dem Taksim Platz

in Istanbul fernzuhalten und den Organisatoren stattdessen Flächen an entlegenen Plätzen, oft an der Peripherie der Stadt, zuzuweisen.

Durch die Einschränkungen bei den demokratischen Ausdrucksmöglichkeiten werden Wahlen beinahe zur einzig legitimen Arena der politischen Auseinandersetzung erhoben. Sie haben dadurch auch verstärkt den Charakter eines Plebiszits, in dem es um alles oder nichts geht. Deshalb wird der Wahlkampf erbittert geführt und eine Verschärfung des Tons der Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern geht damit einher.

### **Die Türkei im Dauerwahlkampf**

Unter diesen Rahmenbedingungen ging die türkische Bevölkerung in den letzten 19 Monaten insgesamt vier Mal zu den Wahlen. Den Auftakt machten die Lokalwahlen im März 2014 und anschließend im August 2014, wo dann zum ersten Mal in der Geschichte des Landes der Staatspräsident durch Volkswahl bestimmt wurde. Im Juni 2015 fanden Parlamentswahlen statt und am 1. November 2015 wurden, da keine Koalitionsregierung gebildet werden konnte, neuerlich vorgezogene Parlamentswahlen abgehalten. Aus allen Wahlen ging die regierende AKP als stärkste Kraft hervor<sup>3</sup>.

Eine permanente Wahlkampfstimmung hat mehrere aus Sicht der Regierungspartei nützliche Nebeneffekte. Zum einen hilft ein Dauerwahlkampf die Funktionäre an der Basis enger an die Parteistrukturen zu binden und zu mobilisieren. Zum anderen werden dadurch, in den über die letzten Jahre geschaffenen weitverzweigten klientelistischen Netzwerke, die Klienten dazu angehalten, ihre Loyalität gegenüber der Regierung zu bekunden. Somit kommt es jedes Mal zu einer Neuverhandlung der klientelistischen Verteilungsmechanismen. Außerdem erlaubt ein Dauerwahlkampf die Kontouren zwischen der Regierungspartei und ihren politischen Gegnern schärfer zu ziehen. Dies erfolgt meist durch eine Freund-Feind Rhetorik, die innere und äußere Feinde der Regierung als Feinde der Nation darstellt. Der Diskurs der AKP und Tayyip Erdoğan vertritt eine Art von „majoritarianism“. Dieses Demokratieverständnis stellt den Willen der Mehrheit ins Zentrum. Die Wahl durch eine möglichst große Mehrheit legitimiert demnach die Exekutive zum einen für diese Mehrheit zu sprechen und zum anderen für ihr Wohlergehen zu

---

<sup>3</sup> Bei den Lokalwahlen erlangte die AKP landesweit 45,6 Prozent, aus den Präsidentschaftswahlen ging Recep Tayyip Erdoğan mit 51,79 Prozent hervor, bei den Parlamentswahlen am 7. Juni erlangte die AKP 40,9 Prozent, bei den Wahlen am 1. November konnte sie beinahe 9 Prozent zurückgewinnen und erlangte 49,5 Prozent.

sorgen. Minderheitenrechte sind zweitrangig und wenn nötig den Interessen der Mehrheit unterzuordnen. Im letzten Wahlkampf unterschied Erdoğan zwischen nationalen und nicht-nationalen Personen. Während erstere Gruppe als AKP Wähler zu betrachten sind, sind nicht-nationale Elemente all jene, die sich gegen die Mehrheit (vertreten durch die AKP) und damit die nationalen Interessen wenden. In Folge des Dauerwahlkampfes und den im Zuge dessen geschaffenen gegenseitigen Feindbildern ist das Land so gespalten wie nie zuvor. Die Überbrückung der tiefen Gräben, die die Gesellschaft durchziehen, scheint auf längere Zeit äußerst schwierig.

### **Die Wahlen vom 1. November**

Die Wahlen vom 1. November 2015 hatten aus Perspektive der Regierungspartei AKP den Effekt einer Systemfehlerbereinigung. Zum einen hatte bei den Wahlen am 7. Juni die pro-kurdische HDP, mit einer klar gegen Erdoğan's Ambitionen auf ein Präsidialsystem gerichteten Kampagne, nicht nur die 10 Prozent Hürde für den Eintritt ins Parlament geschafft sondern sogar 13,1 Prozent erreicht und zum anderen hatten die Nationalisten ihre Stimmen um beinahe vier Prozent steigern können. Das Wahlergebnis vom 7. Juni hatte die Regierungspartei der um eine Alleinregierung notwendigen Mandatsmehrheit beraubt und die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht.

Während die seit nun mehr als 13 Jahren herrschende Partei bei den am 7. Juni 2015 abgehaltenen Parlamentswahlen zum ersten Mal herbe Verluste von neun Prozent erleiden musste, konnte sie die meisten der verlorenen Stimmen in etwas mehr als vier Monaten zurückerobern. Aus Sicht der AKP Regierung und Präsident Erdogans stand viel auf dem Spiel. Eine Bestätigung des Ergebnisses vom 7. Juni oder gar weitere Stimmverluste hätten erneut eine Ära von Koalitionsregierungen eingeläutet und das Ende der AKP Vorherrschaft über sämtliche Bereiche des Staates bedeutet. Angesichts der intransparenten Verstrickungen im Syrien-Konflikt, mehrerer Korruptionsvorwürfe, die hohe AKP PolitikerInnen und auch die Familie Erdogan betrafen, und den Forderungen der Opposition nach Korrekturen in der Außenpolitik, schien aus Sicht der AKP die Umsetzung der großen Vision von einer „Neuen Türkei“ in Gefahr.

In dem die nationalistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) noch am Wahlabend Neuwahlen forderte und jegliche Zusammenarbeit mit der pro-kurdischen HDP (Demokratische

Partei der Völker) ausgeschlossen hatte, hatte sich für Präsident Erdoğan, dessen Manövrierfähigkeit durch das Wahlergebnis eingeschränkt schien, ein Ausweg und Raum für aktive Einflussnahme auf die Entwicklungen geboten. Bei der Wahl des wichtigen Postens des Parlamentspräsidenten zeichnete sich ab, dass die Oppositionsparteien, trotz ihrer gemeinsamen Ablehnung gegenüber Erdoğan's autoritären Zügen, nicht in der Lage waren gemeinsam vorzugehen. Sie konnten sich auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen. Stattdessen wurde der Kandidat der AKP gewählt.

Die Opposition hatte den ersten Test nicht bestanden. Die Unfähigkeit, Brücken zu bauen schmälerte das Vertrauen vieler Wähler in eine alternative politische Lösung bzw. auch die Koalitionsfähigkeit der Parteien. Damit konnten Erdoğan und die AKP wieder die Diskurshegemonie zurückgewinnen. Der Slogan, den die VertreterInnen der Regierungspartei immer wieder ausgaben war, dass Koalitionen, wie man aus der Vergangenheit wisse, schlecht für die Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates seien.

In Folge des am 20. Juli 2015 in Suruç, nahe der syrischen Grenze, auf junge kurdische Aktivisten verübten Anschlags, dem 34 Personen zum Opfer fielen, eskalierte erneut der durch den Friedensprozess ruhende Kurdenkonflikt. Daraufhin bzw. der aus Rache an dem Vorfall durch die PKK ermordeten zwei Polizisten erklärte Premierminister Davutoğlu jedweden terroristischen Bedrohungen den Krieg. In 13 Provinzen wurden Razzien eingeleitet (Habertürk 24-07-2015). Das Vorgehen richtete sich vor allem gegen die PKK und erst in zweiter Linie gegen die Organisation des Islamischen Staates (IS), die hinter den Anschlägen von Suruç vermutet wurde. Die Regierung erklärte, sich zwar nun doch aktiv an der anti-IS Koalition zu beteiligen, im Fokus der militärischen Aktionen standen allerdings hauptsächlich PKK Stellungen.

Der politische Ton verhärtete sich weiter. Im Zentrum des Diskurses stand der Kampf gegen die PKK. Die Regierungspartei versuchte, durch Hetzen und Angriffe regierungsnaher Kreise auf kritische Berichtersteller, Kommentatoren und Medieneinrichtungen, die Kontrolle über den öffentlichen Diskurs zu monopolisieren. Als neues Feindbild dienten die PKK bzw. all jene, die beschuldigt wurden ihr Unterstützung zukommen zu lassen. Damit konnte an die Rhetorik der 1990er Jahre, als der Kampf gegen die PKK den politischen Diskurs dominierte, angeknüpft werden. Nationalistische Parolen, die die Unteilbarkeit der Heimat in den Vordergrund stellten, erreichten auch Personen jenseits der AKP Wählerschaft und legitimierten die

Handlungen der Regierung in den Augen vieler. Kritik an der Politik der Regierung wurde immer mehr gleichgesetzt mit Verrat an der Einheit des Landes. Die AKP versuchte durch eine Blut und Boden-Politik nationalistische Gefühle zu mobilisieren und unter ihrem Dach zu einen. Dadurch konnte auch die nationalistische MHP gespalten werden. Der Sohn des Gründers der nationalistischen MHP, Tuğrul Türkeş, lief zur AKP über. Er wurde in der Übergangsregierung Vizepremierminister und kandidierte später auf ihrer Liste. Dies galt als ein wichtiger Etappensieg in der Rückgewinnung der nationalistischen Stimmen, die am 7. Juni an die MHP verloren worden waren.

Erdoğan und SpitzenpolitikerInnen aus den Reihen der Regierungspartei prangerten die HDP und ihre Führung als VertreterInnen der PKK an. Von der pro-kurdischen Partei wurde eine klare Distanzierung von der PKK eingefordert, der diese in der gewünschten Form nicht nachkommen konnte oder wollte. In Folge der Polarisierung kam es in mehreren Provinzstädten zu Angriffen auf HDP Parteibüros, Übergriffen auf kurdische Einrichtungen sowie zum Teil gewalttätigen Protestaktionen gegen kritische Medien, die einer PKK-freundlichen Berichterstattung beschuldigt wurden. In die Proteste vor dem Sitz der Tageszeitung *Hürriyet*, bei denen einige DemonstrantInnen mit Stöcken bewaffnet das Gebäude zu stürmen versuchten, war unter anderen auch der Leiter der Jung-AKP und Abgeordneter Abdurrahim Boynukalin beteiligt. Boynukalin warnte in seiner Rede vor dem Sitz der Zeitung: “Nach den Wahlen am 1. November werden sie ihre Sachen packen und abhauen müssen” (*Hürriyet* 07-09-2015).

Wenige Tage vor den Wahlen wurde der der Gülen-Bewegung nahestehende TV Sender *Kanaltürk* der Unternehmensgruppe *Koza Ipek* beschlagnahmt und einem Treuhänder übertragen (siehe weiter oben). Berichten der unabhängigen Mitglieder des türkischen Medienrats zufolge, wurden während des Wahlkampfes in politische Sendungen des staatlichen Senders TRT 37 AKP VertreterInnen als Gäste geladen und ihnen insgesamt 25 Stunden Sendezeit zugestanden, wohingegen VertreterInnen der oppositionellen CHP, MHP oder HDP gar keine Sendezeit zur Verfügung gestellt bekamen (*mynet* 30-10-2015). Zudem konnten die Regierungspartei und ihre KandidatInnen auf staatliche Ressourcen bzw. auch die Unterstützung durch die Sicherheitskräfte und Gouverneure zurückgreifen.

Gleichzeitig verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage. Die Börsen- Kurse sanken, die Dollar und Euro-Wechselkurse stiegen. Im wichtigen Bausektor kam es fast zu einem vollständigen Stillstand. Auch im staatlichen Bereich wurden seit dem Entscheid, am 1. November

Neuwahlen auszurufen, wichtige Entscheidungen weiter bis auf nach den Wahlen vertagt. Damit stand, angesichts des Umstandes, dass sich die Türkei spätestens seit Beginn des Jahres 2015 auf die Parlamentswahlen am 7. Juni vorbereitete, vieles seit mehr als einem halben Jahr still. Die Sorge vor einem politischen und wirtschaftlichen Chaos machte sich breit, bzw. wurde eine solche auch durch VertreterInnen der Regierung bzw. Staatspräsident Erdoğan geschürt. Erdoğan meinte in einem Interview Anfang September sinngemäß: “Wenn es bei den letzten Wahlen eine Mehrheit von 400 Abgeordneten gegeben hätte, hätte es keine gefallenen Soldaten und auch keine Kapitalgewinner aus der Krise gegeben”(AHaber 06-09-2015).

Laut Wahlnachbefragungen des Institutes Ipsos am 1. November gaben mit 22 Prozent die meisten Wähler der AKP an, dass sie die Partei aufgrund ihrer Wirtschaftsversprechen gewählt haben. Mit 15 Prozent meinte die zweitgrößte Gruppe, dass sie für eine stabile Regierung gestimmt haben, 10 Prozent erhoffen sich Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus und 9 Prozent den Erhalt der Einheit des Landes. Nur 4 Prozent gaben an, aufgrund ihrer religiösen Werte für die AKP gestimmt zu haben. 12 Prozent der AKP Wähler gaben zudem an, bei den Wahlen am 7. Juni nicht gewählt zu haben bzw. meinten 9 Prozent, dass sie damals für die Nationalisten gestimmt hatten (Ipsos 4. November 2015). Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass es weniger eine islamistische oder islamisch konservative Ideologie ist, die die Masse der AKP WählerInnen mobilisierte als vielmehr die Hoffnung auf Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt der territorialen Einheit des Staates, die die Partei noch immer zu verbreiten vermag. Dabei spielten die Wandlungsfähigkeit der Partei, die Monopolisierung des öffentlichen Diskurses, die Schwäche der Opposition bzw. ihre eingeschränkten Möglichkeiten sowie die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen Jahren eine wesentliche Rolle. Die AKP konnte sich angesichts der unattraktiven Koalitionsvarianten als Garant für Stabilität, Kontinuität und Einheit profilieren. Die meisten Stimmen konnte sie dadurch unter der nationalistischen Wählerschaft bzw. den Nichtwählern generieren<sup>4</sup>.

---

<sup>4</sup> Während bei den Wahlen im Jahr 2011 wirtschaftliche Wachstumsraten von 8,9 Prozent im Jahr 2010 (Hürriyet 31-03-2011) und 8,5 Prozent im Jahr 2011 (Radikal 02-04-2012) sowie eine inklusive und positive politische Rhetorik waren, die der AKP zu einem historischen Ergebnis von 49,9 Prozent verhalfen, war es bei den beiden Wahlen im Jahr 2015 umgekehrt. Die AKP konnte diesmal durch polarisierende Freund-Feind Rhetorik Stimmen mobilisieren.

Zentralanatolien sowie die Großstädte erwiesen sich als die wichtigsten Stimmreserven der Regierungspartei, wobei die oppositionelle CHP (Republikanische Volkspartei) zwar in den westlichen Küstenregionen stark abschneidet, allerdings in der anatolischen Provinz und insbesondere im Osten des Landes oft nicht über 0-5 Prozent hinauskommt. Der AKP wird neben den wirtschaftlichen Erfolgen, der Zurückdrängung des Militärs, der Liberalisierung der Einschränkungen für Kopftuchträgerinnen und AbsolventInnen religiöser Schulen (imam hatip) vor allem die Entwicklung und Modernisierung der ländlichen Gebiete und der aufstrebenden Provinzstädte zugutegehalten. Es kam in den letzten Jahren zu einem Ausbau der Infrastruktur wie Straßen, Zugverbindungen, Telekommunikation, Gesundheitswesen und anderes. Außerdem erwies sich die Partei als besonders erfolgreich auf lokalpolitischer Ebene. In den meisten mittleren und größeren Gemeinden der anatolischen Provinz stellt die AKP die Regierung.

### **Nach den Wahlen....die Türkei ein Grey Zone Regime?**

Auch wenn über vereinzelte Beschwerden berichtet wurde, verliefen die Wahlen am 1. November im Großen und Ganzen ohne gröbere Manipulationen und Fälschungen. Die Bedingungen unter denen sie stattfanden bestätigten allerdings, dass sich die Türkei seit 2011 konsequent in Richtung eines kompetitiv autoritären Systems entwickelt (Levitsky und Way 2002). Kompetitiv autoritäre Regime sind solche, die weder als ausschließlich autoritär noch als einwandfreie liberale Demokratien einzuordnen sind. Vielmehr sind sie aufgrund dessen, dass sie demokratische Prozesse mit autoritären Wesenszügen verbinden, auf einem inzwischen recht breiten Spektrum an unterschiedlichen Regimeformen irgendwo zwischen diesen beiden Enden anzusiedeln. In der Forschung erlangten diese hybriden Regimeformen in den letzten Jahren eine immer größere Aufmerksamkeit.

Nach dem Verebben der allgemeinen Euphorie über den Zusammenbruch der kommunistischen Regime und der daraufhin eingeleiteten Transition, zeichnete sich ab Beginn der 2000er Jahre langsam ab, dass der Zusammenbruch von autoritären Regimen nicht automatisch mit der Transition zu einem liberal demokratischen System einhergehen muss. Carothers (2002) bezeichnete dies als das Ende des sogenannten „Transitions-Paradigmas“. Autoren wie Schedler 2002, 2006; Zakaria 1997; Levitsky und Way 2002, 2010; Carothers 2002; Diamond 2002 gehen inzwischen von der Annahme aus, dass es sich bei Regimen, die zwischen Autokratien und liberalen Demokratien anzusiedeln sind, um keine Übergangsphase auf einem

Entwicklungsweg Richtung Demokratie handelt, sondern, dass sich diese Formen der Herrschaft im Gegenteil meist langfristig etablieren.

Der Trend in Richtung kompetitive autoritäre, oder hybride Regime, kurz Mischformen ist auch in Ländern wie z.B. Serbien, Mazedonien, Montenegro, Russland oder Ungarn zu beobachten. In allen diesen Fällen finden zwar regelmäßig Wahlen statt, bei denen die Abstimmung selbst meist frei von Fälschungen und Manipulationen ist, die Bedingungen unter denen Wahlen stattfinden, je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß, aber meist als unfair zu bezeichnen sind. So werden oft die Oppositionsparteien in ihrer Arbeit behindert, die Ressourcen des Staates durch die Regierungsparteien recht unverblümt ausgenutzt und der Zugang der Opposition zu Medien, bzw. die Berichterstattung stark reglementiert. Die politische Arena wird beinahe ausschließlich auf Wahlen reduziert. Proteste, Demonstrationen und andere demokratische Freiheiten werden oft als eine Bedrohung wahrgenommen, beschränkt und nicht selten kriminalisiert (vgl. Levitsky und Way 2002). All das geht mit einer nationalistischen Rhetorik, die innere und äußere Feinde beschwört, und der Konstruktion einer autoritären, starken Führungspersonlichkeit einher. Demokratische Grundrechte werden ausgehöhlt und wenn notwendig übergangen. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang auch das Verschwinden von Staat und Partei. Im Falle der Türkei spielt inzwischen die AKP über ihre klientelistischen Verbindungen eine wesentliche Rolle in der Redistribution staatlicher Ressourcen. Weitere Merkmale sind die Unterwanderung der Gewaltentrennung und die Einflussnahme auf die Justiz.

### **Ein- und Ausblicke**

Trotz einer spürbaren Abkehr der AKP vom Weg der Demokratisierung konnte sich die Regierungspartei bei den Wahlen am 1. November angesichts wachsender Turbulenzen in der regionalen Nachbarschaft sowie innerhalb der Türkei als glaubwürdiger Garant für wirtschaftliche Stabilität und politische Kontinuität präsentieren.

- Neben ihren Leistungen in der Vergangenheit tragen dazu die allgemeine Schwäche der Opposition – d.h. eine gewisse Alternativlosigkeit –, die Möglichkeit den öffentlichen Diskurs zu bestimmen bzw. zu kontrollieren, sowie das weiterhin für viele gültige Charisma Erdoğan's bei. Trotz 13 Jahren Regierungsverantwortung vermag es die Partei noch immer ihrer Wählerschaft glaubhaft eine Zukunftsperspektive zu versprechen.

Dies ist im Wesentlichen die Vision einer politisch sowie wirtschaftlich starken und handlungsfähigen Türkei, die nicht nur auf regionaler sondern auch auf internationaler Ebene tonangebend ist und die sich im Bereich der Infrastruktur und der Technologie weiter modernisiert.

- Dass der Preis dafür Einschränkungen der politischen Freiheiten, eine wachsende Polarisierung bzw. eine weitgehende „Informalisierung“ der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sind, scheinen trotz wachsender Kritik viele WählerInnen in Kauf zu nehmen. In den vergangenen Jahren ist es zu einer immer stärkeren Verschmelzung zwischen Staat und Partei gekommen. Die Parteiorganisation entwickelte sich zu einem wichtigen Instrument des Klientelismus. Aufträge sowie soziale Hilfen werden oft über die Partei abgewickelt. Dies verstärkt die Abhängigkeiten und könnte längerfristig der AKP aufgrund ihrer Versorgungsrolle eine Regierungsmehrheit garantieren.
- Allerdings ist festzuhalten, dass, wenn auch die AKP am 1. November aus ihrer Sicht den Systemfehler vom 7. Juni bereinigen konnte, es offensichtlich wurde, dass das AKP System weniger stabil ist als von den meisten BeobachterInnen angenommen. In der Nachwahlbefragung vom 1. November gaben sieben Prozent der AKP WählerInnen an, dass ihre Stimmen der Partei nur „geliehen“ seien. Das heißt, dass sie eigentlich zu einer anderen Partei tendieren oder eher nicht wählen. Auch wenn diese Prozentsätze bei den übrigen Parteien noch um einiges höher sind, verdeutlicht es, dass auch die AKP Wählerschaft weniger ideologisch an die Partei gebunden ist als von vielen BeobachterInnen angenommen und im Falle einer Verschlechterung der Wirtschaftslage oder der Sicherheit die AKP die absolute Mandatsmehrheit wieder verlieren kann (Ipsos 4. November 2015). Von der Umfrage von Ipsos ist zu schließen, dass auch in weiterer Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Sicherheitslage ausschlaggebend sein werden.
- Eine Unsicherheit aus Sicht der Regierungspartei stellt zudem die Frage dar, wie sich das Verhältnis zwischen Regierung auf der einen Seite und Präsident Erdoğan auf der anderen Seite entwickeln wird. Vor allem in der Vorwahlzeit zeichneten sich verstärkt Spannungen zwischen der Regierung und dem „Palast“ ab. Erdoğan nahm massiv Einfluss auf die Erstellung der Wahllisten sowie auf die Zusammensetzung der Regierung. So wurde z. B. Erdoğan's Schwiegersohn Berat Albayrak im neuen Kabinett

Davutoğlu Minister für Energie und Naturressourcen. Verbale Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Vize-Premier und Regierungssprecher Bülent Arinç und dem Bürgermeister von Ankara Melih Gökçek im Winter 2015 verdeutlichten, wie tief der Graben zwischen den sogenannten Ideologen auf der einen Seite und den Erdoğanisten, die ihren Status und ihre Position dem Staatspräsidenten verdanken und ihm deshalb in fast allen politischen Fragen loyal gegenüberstehen, auf der anderen Seite ist.

- Laut Umfragen meinen 61 Prozent der WählerInnen, dass trotz Fehlens einer dafür notwendigen 2/3 Mehrheit der AKP, das von Erdoğan propagierte Präsidialsystem ein politisches Thema bleiben wird. Demnach könnten Erdoğan und die AKP trotz des Umstandes, dass 57 Prozent der WählerInnen sich explizit dagegen aussprechen, das Projekt weiter vorantreiben (Ipsos 4. November 2015). In diesem Sinne ist auch Erdoğan's Vorstoß für die Übernahme des französischen Modells einer Präsidialrepublik mit einem Parlament aus zwei Kammern zu werten. Erdoğan sieht die Umwandlung von einem parlamentarischen- in ein Präsidialsystem als wichtigen Schritt in Richtung des von ihm angestrebten Projekts einer „starken“ und wettbewerbsfähigen „neuen Türkei“. Seine Rhetorik beinhaltet dabei eine große Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus. Das Parlament wird dabei weniger als ein Ort der politischen Ausverhandlung, der Rechenschaftsablegung, Rechtfertigung oder Konsensfindung gesehen, denn als ein Mechanismus, der wenn er „zu viele“ Rechte hat die Einheit des Staates gefährdet und diesen deshalb schwächt, betrachtet. Zudem prangert Erdoğan die durch die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk entstandene Doppelgleisigkeit in der Exekutive an. Da Erdoğan das Amt aktiv auslegt und sich oft über den von der Verfassung dem Amt zugewiesenen Rahmen hinaus bewegt, kann es immer wieder zu Verfassungskrisen kommen.
- Ein weiteres Problem stellt die tiefe Polarisierung der türkischen Gesellschaft dar. Diese entzündet sich inzwischen weniger an der Regierungspartei selbst als vielmehr an der Person Tayyip Erdoğan's. Während Erdoğan für die einen unantastbar ist und ihm absolutes Vertrauen entgegengebracht wird, ist er für die andere Seite inzwischen als Präsident de-legitimiert und ein Feindbild. Diese tiefe Polarisierung wird folglich auch die Debatten um eine Verfassungsreform und um die Einführung eines Präsidialsystems prägen.

- Die Türkei ist trotz ihrer NATO-Mitgliedschaft und einer engen strategischen Partnerschaft mit den USA aufgrund ihrer Involvierung in den Syrien-Konflikt weitgehend isoliert. Die wachsende Distanz zu den Bündnispartnern aufgrund der unterschiedlichen Zugänge zur kurdischen PYD und dem IS hat durch den Abschuss einer russischen Militärmaschine im November 2015 und die Maßnahmen, die Russland in Folge gegen die Türkei einleitete, eine weitere Dimension erreicht. Der Bruch der türkisch-russischen Freundschaft kann nur durch eine neuerliche Annäherung an den Westen (USA und die EU) ausgeglichen werden. In diesem Sinne ist auch das Abkommen mit der EU hinsichtlich der Flüchtlingsfrage zu werten. Allerdings wird diese Re-orientierung in der Außenpolitik nicht ohne Auswirkungen auf das Projekt der „Neuen Türkei“ bleiben können. Es ist zu hoffen, dass die westlichen Partner von der Türkei verstärkt eine Rückkehr zur demokratischen Normalität einfordern.
- Von der Krise mit Russland wird auch die türkische Wirtschaft, deren Wachstum in den letzten Jahren sich stark verlangsamt hat, getroffen. Die Reisewarnung Präsident Putins für Türkeireisen wird den Tourismussektor stark beeinflussen. Im Jahr 2014 besuchten 3,3 Millionen russische Touristen das Land (New York Times 7-12-2015).
- Die türkische Lira hat im vergangenen Jahr um ein Fünftel an Wert gegenüber dem Dollar verloren. Die Inflation ist im November auf 8,1 Prozent gestiegen. Die politischen Entwicklungen begünstigen nicht unbedingt ausländische Investitionen im Land. Der Austausch von Ali Babacan, dem langjährigen Wirtschaftsminister, und die Ernennung Erdogans Schwiegersohn zum Energieminister hat das Vertrauen der Märkte gesenkt (New York Times 7-12-2015).
- Insbesondere die Privatverschuldung steigt stetig. Beobachter meinten, dass auch die hohe Privatverschuldung viele Wähler dazu veranlasste für die AKP zu stimmen, da sie sich davon Stabilität und Kontinuität erhofften. Es bleibt offen wie sie stimmen werden wenn sich die ökonomische Lage weiter verschlechtert. All diese Faktoren weisen darauf hin, dass das Land trotz einer stabilen Regierungsmehrheit der AKP weiterhin turbulenten Zeiten entgegenblickt.

## Literatur

Carothers, Thomas. 2002. "The End of the Transition Paradigm" L. Rienner Publishers.

Diamond, Larry J. 2002. "Thinking about Hybrid Regimes" *Journal of Democracy*, 13 (2): 21-35.

Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century*.  
USA: University of Oklahoma Press

Ipsos (4. November 2015) [http://www.arastirmakutuphanesi.com/wp-content/uploads/2015/11/Ipsos\\_SandikSonrasi\\_Bulgular\\_Gorseller\\_04112015\\_CNN\\_FinalDosya.pdf](http://www.arastirmakutuphanesi.com/wp-content/uploads/2015/11/Ipsos_SandikSonrasi_Bulgular_Gorseller_04112015_CNN_FinalDosya.pdf) [Zugriff 30. November 2015].

Kirişçi, Kemal. 2011. "Turkey's 'Demonstrative Effect' and the Transformation of the Middle East" *Insight Turkey* 13 (2): 33-55.

Levitsky, Steven and Way, Lucian. 2002. "The Rise of Competitive Authoritarianism" *Journal of Democracy* 13 (2): 51-65.

Levitsky, Steven/Lucan A. Way, 2010. *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*, Cambridge University Press

Ramadan, Tareq. 2011. "Democratic Turkey Is the Template for Egypt's Muslim Brotherhood" *The World Post* 02 August [online]. Available from: [http://www.huffingtonpost.com/tariq-ramadan/post\\_1690\\_b\\_820366.html](http://www.huffingtonpost.com/tariq-ramadan/post_1690_b_820366.html) [Zugriff 10. Juli 2014].

Schedler, Andreas. 2002. "The Menu of Manipulation" *Journal of Democracy* 13 (2): 36-50.

Schedler, Andreas. 2006. *Electoral authoritarianism: the dynamics of unfree competition*.  
Boulder

Ülgen, Sinan. 2011. "From Inspiration to Aspiration. Turkey in the New Middle East" *The Carnegie Papers*. December 2011 [online]. Available from:  
[http://carnegieendowment.org/files/turkey\\_mid\\_east.pdf](http://carnegieendowment.org/files/turkey_mid_east.pdf) [Zugriff 18. Juni 2012].

Nach den Wahlen – eine „Neue Türkei“?  
Cengiz Günay

Zakaria, Fareed. 1997. “The Rise of Illiberal Democracy” *Foreign Affairs*  
(November/December).